

## **Politik und Verantwortung**

Kanzelrede Oberbürgermeister Dieter Reiter

Erlöserkirche München Schwabing

13. Dezember 2015 -11:30 Uhr

*Es gilt das gesprochene Wort!*

*Sperrfrist, Sonntag 13. Dezember 2015, 11:30 Uhr*

Sehr geehrte/r Frau, Sehr geehrter Herr, liebe Kirchengemeinde,  
liebe Freunde der evangelischen Akademie Tutzing,

ich möchte mich zunächst einmal ganz herzlich bedanken dafür,  
dass Sie mich in die honorige Reihe der Schwabinger Kanzelredner  
aufnehmen. Sich neben Hans-Jochen Vogel, Heribert Prantl,  
Charlotte Knobloch und Felix Finkbeiner und vielen anderen  
beeindruckenden Persönlichkeiten einzureihen, ist in der Tat eine  
große Ehre. Ich empfinde Ihre Einladung aber auch als eine große  
Verpflichtung.

Sie haben mich eingeladen, obwohl Sie wissen, dass ich nicht  
einmal der Evangelischen Kirche angehöre.

Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Ich gehöre schon seit meiner  
Jugend gar keiner Kirche mehr an.

Ich möchte meinen Glauben und meine Zweifel nicht öffentlich diskutieren. Aber mein früher eher angespanntes Verhältnis zur gesellschaftlichen Rolle der Kirche hat sich insbesondere auch in letzter Zeit spürbar geändert.

Denn wenn sich Vertreter aller Religionsgemeinschaften – wie vor einigen Wochen in München geschehen - geschlossen und solidarisch zu einer Demonstration gegen den Terror zusammenfinden – das ist schon was Besonderes.

Das ist gut!

Und auch im Zusammenhang mit dem Thema „Flüchtlinge“ gab es eine positive Entwicklung hinsichtlich der obersten Werte aller Religionsgemeinschaften: Die Menschlichkeit muss das oberste Ziel jeder Religion sein und dafür müssen alle gemeinsam stehen und eintreten.

Ich möchte heute aber nicht über Religion im engeren Sinne reden oder über die Zugehörigkeit zu Religionsgemeinschaften, sondern über die Frage, wie sich „Politik und Verantwortung« zueinander verhalten.

Beides hat miteinander zu tun. Als Oberbürgermeister wurde ich schneller mit dem Thema „politische Verantwortung“ konfrontiert, als ich es erwartet hatte.

Den politischen Beruf kann man nicht theoretisch erlernen, man kann ihn nicht studieren. Politik ist ein Lehrberuf. Deshalb bin ich froh, dass ich bereits als berufsmäßiger Stadtrat und während des Wahlkampfes politische Erfahrung sammeln konnte.

Ich war noch nicht einmal endgültig zum Oberbürgermeister gewählt, da war die über lange Jahre bewährte rot-grüne Koalition in München von den Bürgerinnen und Bürgern bereits abgewählt .

Es reichte rechnerisch einfach nicht mehr zur Fortsetzung der lieb gewonnenen Zusammenarbeit im Rathaus.

Die Situation war die folgende:

Nach einem langen Wahlkampf sah ich mich sofort nach der Stichwahl in einen mehrwöchigen Verhandlungsmarathon geworfen – als frisch gewählter Oberbürgermeister mit einer Wahlempfehlung der grünen Spitzenkandidatin und der grünen Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler im Gepäck.

So habe ich, soweit ich es zu dieser Zeit vermochte, in wochenlangen Verhandlungen mit der Linken und der ödp und den Grünen und der bürgerlichen Mitte, um die Rot-Grün-plus-X-Koalition gerungen.

Ich musste mich entscheiden:

Entweder das Wagnis einer Minderheitsregierung eingehen oder die CSU mit ins Boot holen. Sie alle wissen, wie die Geschichte ausgegangen ist.

Die Frage, die ich mir damals gestellt habe, war: "Kann ich wirklich das Risiko eingehen und eine rot-grüne Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten für München wagen?"

Ich stand bei den Grünen im Wort und fühlte mich ihnen auch persönlich verpflichtet. Zudem ist Rot-Grün ein über Jahrzehnte bewährtes Münchner Modell gewesen.

Und damit befand ich mich mittendrin im Spannungsfeld zwischen Politik und Verantwortung. Politisch emotional hätte ich jederzeit ein Bündnis mit den Grünen – und weil keine andere Möglichkeit bestand, auch mit wechselnden zusätzlichen Unterstützern aus den kleineren Gruppierungen – eingehen wollen.

Aber da mir die Münchnerinnen und Münchner mit meiner Wahl nicht nur eine Amtskette, sondern auch die Verantwortung für ihre Stadt übertragen haben, habe ich mich für eine sichere Mehrheit mit der CSU – und damit für einen verantwortungsvollen Umgang mit meinem Amt entschieden.

Denke ich an alle Herausforderungen, die München im letzten Jahr meistern musste, und stelle ich mir vor, welche Aufgaben in den

nächsten Jahren noch zu lösen sind, dann kann ich heute nur feststellen, dass es für die Bewältigung der Herausforderungen einer wachsenden Stadt unabdingbar ist, auf eine breite Mehrheit bauen zu können.

Milliardeninvestitionen in Schulen, Kinderbetreuung, in Wohnungen und Verkehrsprojekte – da kann man nicht auf sich zufällig sich ergebende Mehrheiten hoffen. Nicht, wenn man als OB seiner Verantwortung gerecht werden will, nicht, wenn man verantwortungsvolle Politik für eine Millionenstadt machen will.

Diese feste Basis braucht es insbesondere auch zur Aufnahme und Betreuung derjenigen, die derzeit und sicher auch in Zukunft, bei uns Schutz suchen. Weil sie vor Krieg und Terror fliehen, mit Ihren Kindern, mit ihren Familien.

Und weil unser Anspruch sein muss, die Geflüchteten bei uns menschenwürdig zu behandeln und uns um sie kümmern.

Dafür braucht es schnelle und verbindliche Entscheidungen, die sicher und zuverlässig erfolgen müssen. Insbesondere bei der Suche nach geeigneten Standorten für Unterkünfte.

Und für die Betreuungskapazitäten – und natürlich auch für die Finanzierung all dieser notwendigen Maßnahmen.

Das ist in einer Stadt, die schon deutlichem Wachstumsstress ausgesetzt ist, nicht leicht. Es war daher auch in dieser Hinsicht enorm wichtig, die damalige Opposition als Kooperationspartner mit ins Boot zu holen. So sind wir gezwungen, immer wieder Übereinkunft in den täglichen Sachfragen erreichen zu müssen - und wir erreichen sie.

Ich stehe zu der Entscheidung, sie war und ist richtig. Für mich war das immer eine Frage von Verantwortung für diese Stadt.

Als zweites Beispiel aus dem ersten Jahr meiner Amtszeit als Oberbürgermeister kann ich, nein, muss ich die **Bayernkaserne** nennen.

Als sich die Nachrichten über Flüchtlingsströme weiter häuften, war ich natürlich bestürzt, wie die meisten von uns. Gleichzeitig schien das alles aber auch weit weg. Nie hätte ich es vor zwei Jahren für möglich gehalten, dass das Thema meinen, unseren politischen Alltag einmal so sehr bestimmen könnte.

München liegt geographisch auf den zwei Hauptfluchtrouten, der Balkanroute und der Italienroute. So überrascht es nicht, dass die in München gelegene Erstaufnahmeeinrichtung des Freistaats schon bald immer mehr Ankommende aufnehmen musste.

Die Anzahl der in München ankommenden Flüchtlinge nahm über den Sommer 2014 weiter stark zu. Daher besuchte ich zusammen mit dem Münchner Bündnis für Toleranz im Oktober 2014 die Bayernkaserne.

Was ich dort gesehen habe, hat mich erschüttert.

Die Bayernkaserne war überfüllt. Für die Einrichtung wurde es immer schwieriger, die vielen neu ankommenden Menschen zeitnah zu versorgen.

Einige mussten im Oktober im Freien auf dem Boden schlafen.

Nahrungsmittel, Betten und Decken wurden knapp, die Ärzte kamen mit den Gesundheitsuntersuchungen nicht mehr hinterher.

Ich nutzte meinen Besuch selbstverständlich vor allem auch für Gespräche mit den Menschen vor Ort, um aus erster Hand zu erfahren, wie es ihnen geht.

Was mir die Menschen erzählten, war schlimm.

»Politik und Verantwortung« - was bedeutet „Verantwortung tragen“ in einem solchen Moment?

Verantwortung trägt auch derjenige, der Handeln unterlässt  
Die Bayernkaserne ist eine Einrichtung der Regierung von  
Oberbayern.

Dennoch: ich habe nach jenem Besuch die  
Erstaufnahmeeinrichtung des Landes faktisch für vorübergehend  
geschlossen erklärt. Eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen wollte  
ich erst dann wieder zulassen, wenn geordnete Verhältnisse  
herrschten.

Weil ich mich verantwortlich fühlte, für die Menschen und deren  
Schicksal. Politisch war ich nicht zuständig, hätte also auch eine  
Version „Ich bin nicht zuständig, und die anderen machen nichts –  
was für ein Skandal“ wählen können.

Aber es geht um Verantwortung – für Menschen, für deren  
Schicksale. In der Stadt für die ich mich verantwortlich fühle.

Ein weiteres Ereignis, das mich mit dem Thema „Verantwortung in  
der Politik“ sehr stark konfrontierte, war der Hungerstreik Ende  
November letzten Jahres. Natürlich haben die Hungerstreikenden  
damit versucht, das System zu erpressen.

Aber gleichzeitig waren es verzweifelte Menschen, die ihr Leben als  
letzten Einsatz aufs Spiel setzten.

Der letzte Einsatz derer, die keinen anderen Einsatz außer ihrem Leben mehr haben. Steht einem zu, dies moralisch zu verurteilen? Mag sich jeder da sein eigenes Urteil bilden, meine Damen und Herren.

Nach tagelangem Ausharren hatten viele der Hungernden auch die Wasseraufnahme verweigert. Die Situation wurde kritisch. Einige Flüchtlinge kollabierten bereits.

Nach einigen Tagen wollte die Polizei das Lager räumen, um Schlimmstes zu vermeiden. Die Flüchtlinge flohen auf die umstehenden Bäume und haben dort schon ziemlich entkräftet die ganze Nacht verbracht.

Stellen Sie sich bitte einen kurzen Moment vor, Sie sind derjenige, der unter den Bäumen steht und versucht, die Verzweifelten zum Heruntersteigen zu bewegen.

Die Situation war gefährlich. Was hätten Sie an meiner Stelle getan?

Wir haben die Männer am Morgen irgendwie von den Bäumen „heruntergesprungen“. Niemand ist zu Schaden gekommen in dieser Nacht. Das war eine große Erleichterung für mich.

Das Versprechen, das ich dafür gab, war ein »Runder Tisch« mit verantwortlichen Politikern aus Land, Bund und Europa und den Vertretern der Hungerstreikenden.

Dieser „Runde Tisch“ wurde kurz darauf einberufen. Er brachte einige konkrete politische Ergebnisse zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen in Bayern.

Und er brachte Aufmerksamkeit in der öffentlichen Wahrnehmung – für die Situation der Flüchtlinge – hier bei uns und auf der ganzen Welt.

Mein Handeln hat in dieser konkreten Situation geholfen, wenngleich der Erfolg für die Gesamtsituation auch nur von bescheidenem Wirkungsgrad sein konnte. Das ist, ja so kann man es sagen, der hilflose Teil von Verantwortung in der Politik.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Max Weber hat vor rd. 100 Jahren eine noch heute nachwirkende Rede über »Politik als Beruf« gehalten.

Er unterscheidet darin streng zwischen »Verantwortungsethik« und »Gesinnungsethik«. »Gesinnungsethik«, im Weberschen‘ Sinne, kann man sich als Christ sehr einfach vorstellen.

Das Evangelium ist auf den ersten Blick durch und durch gesinnungsethisch.

Die Bergpredigt beispielsweise ist da sogar ziemlich rigoros. Kürzt man etwas ab, so steht dort geschrieben: "Wenn Du was hast, dann gib – und zwar alles".

Das ist im echten Leben oft schwer realisierbar.

Meiner Erfahrung nach sind Gesinnungsethiker meistens sehr beeindruckende Leute – meiner Wahrnehmung nach allerdings nur selten in großer politischer Verantwortung.

»Verantwortungsethiker« dagegen denken vom Ergebnis her: eine Handlung mit noch so guten Vorsätzen kann dennoch Schlechtes bewirken. Vom Ergebnis her zu denken, ist daher meist ein guter Rat.

Ich überlasse es Ihnen, die aktuelle Haltung unserer Bundeskanzlerin in der Flüchtlingsfrage hier einzuordnen. Dazu gibt es, denke ich, durchaus unterschiedliche Einschätzungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ein großes Vorbild ist für mich Helmut Schmidt. Er wurde 1961 Innensenator seiner Heimatstadt und ein Jahr später, wie Sie sich erinnern, während der Hamburger Flutkatastrophe bundesweit berühmt.

Grund dafür war die von ihm organisierte internationale Rettungsoperation.

Er selbst sagte in Nachbetrachtung der Ereignisse:

"Ich habe damals mehrere Gesetze verletzt – vielleicht sogar das Grundgesetz. Später hatten wir das Glück, von keiner Seite angeklagt zu werden."

Selbstverständlich käme trotz des prominenten Beispiels von Helmut Schmidt keiner auf den verwegenen Gedanken, die Frage nach der Heiligung der Mittel grundsätzlich und absolut mit »Ja« zu beantworten.

Selbst der Verantwortungsethiker Helmut Schmidt sagte, dass Entscheidungen, wie er sie bei der Schleyer-Entführung oder bei der Befreiung der Landshut in Mogadischu zu treffen hatte, immer Züge einer griechischen Tragödie hatten:

„Wie auch immer Sie entscheiden, kann es schlecht ausgehen.“

Max Weber kommt auf anderem Wege zum Ergebnis, dass am Ende ein humaner Verantwortungsethiker der beste Politiker sei.

Er schreibt: .... *Während es unermesslich erschütternd ist, wenn ein REIFER Mensch – einerlei ob jung oder alt an Jahren – der diese Verantwortung für die Folgen real und mit voller Seele empfindet und verantwortungsethisch handelt, an irgendeinem Punkt sagt: "Ich kann nicht anders, hier stehe ich".*

Martin Luther war, so denke ich, mit Haut und Haaren Gesinnungsethiker - als er im Reichstag zu Worms den berühmten Satz:

"Hier stehe ich und kann nicht anders! Gott helfe mir, Amen!" sprach - ungeachtet der Folgen. Ob er die Spaltung der Kirche bewusst in Kauf genommen hat, bezweifle ich.

Weber meint, dass »Gesinnungsethik« und »Verantwortungsethik« keine absoluten Gegensätze sind. Sie ergänzen sich vielmehr gegenseitig.

Nur sie zusammen machen den Menschen aus, der im Weberschen Sinne zum Politiker geeignet ist, also »Politik zum Beruf« machen kann.

Das hat mir ganz gut gefallen. Damit konnte ich etwas anfangen. Aber wie kann man solch eine Erkenntnis im konkreten Politikalltag verwerten?

Was bedeutet Verantwortung in der Politik angesichts zunehmender Fluchtursachen und damit einhergehenden hohen Flüchtlingszahlen?

Das chronisch unterfinanzierte Flüchtlingshilfswerk der UN beklagt seit längerem, nicht mehr genug Mittel für die notwendige Versorgung der syrischen Flüchtlinge zu haben.

Essensrationen sind halbiert worden, der Winter steht vor der Tür und es gibt weder genügend warme Kleidung noch Schulbücher für die Kinder. Kinder die seit Jahren nicht mehr zur Schule gehen dürfen.

78 Cent pro Tag, so rechnet der Münchner Kabarettist Christian Springer vor, 280 € jährlich braucht es, einen syrischen Flüchtling in den Lagern an der syrischen Grenze zu ernähren.

Das ist nicht die Welt.

Die Bundesregierung hat sich meines Erachtens zu wenig und zu spät um ihre internationalen Verpflichtungen gekümmert. Sie macht es trotzdem noch besser als andere Regierungen, aber sicherlich noch nicht gut genug.

Es muss doch **allen** Regierenden klar sein, dass ein besser versorgter Flüchtling in Jordanien sich eher nicht auf die vielleicht tödliche Fahrt über das Mittelmeer – Richtung Europa - aufmacht.

Schon die Gebrüder Grimm schreiben in den Bremer Stadtmusikanten „ Etwas besseres als den Tod findest du überall“. Die gemeinsamen Anstrengungen müssen dahingehen, dass jeder Mensch etwas Besseres findet.

Ein syrischer Flüchtling hat mir jüngst berichtet, in den umkämpften Gebieten gebe es eine Art »Rund um die Uhr Alarm« für die Zivilbevölkerung. Bombenalarm, Gefechte, Gewalt. Das ist bittere Realität.

So ist es doch verständlich, dass sich die Menschen aus dieser Region auf den Weg machen.

Die Regierungen tragen die Verantwortung dafür, dass dieser Weg in ein sicheres Land, in ein friedliches Leben, am Ende nicht zur tödlichen Falle wird.

Meine Damen und Herren,

Ich kann nachvollziehen, dass angesichts der Terroranschläge in Paris viele Menschen Angst haben vor den weltweiten Entwicklungen.

Ich weiß auch, dass viele Menschen den Flüchtlingen mit Unbehagen, mit Skepsis begegnen.

Der Terror in Paris hat Ängste verstärkt und leider werden nicht selten beide Themen auf unverantwortliche Weise miteinander verbunden. Auch hier muss Politik, müssen auch die Medien sich ihrer großen Verantwortung bewusst sein

.  
Die Terroranschläge in Paris sind abscheuliche, verabscheuungswürdige Verbrechen, die mit allen Mitteln des Rechtsstaates verfolgt werden müssen.

Die Geflüchteten sind Menschen in Not, die genau vor jenem Terror geflohen sind. Beides gilt es deutlich voneinander zu trennen!

Der französische Journalist Nicolas Hénin schrieb vor einigen Wochen - ich zitiere: "Die Bilder aus Deutschland von Menschen, die Flüchtlinge willkommen heißen, werden den IS besonders beunruhigen. Zusammenhalt, Toleranz, das ist nicht, was die Terroristen sehen wollen."

Er fügte hinzu: "Sie fürchten unsere Einheit und unsere Toleranz mehr als unsere Luftangriffe." Ich empfinde das als eine bemerkenswerte Aussage eines Mannes, der unter menschenunwürdigen Umständen einmal als Geisel vom IS festgehalten wurde.

Ich finde, er bestärkt uns geradezu darin, dass wir nach Paris unsere Vorstellungen von Zusammenleben, Menschlichkeit und Nächstenliebe nicht aufgeben dürfen. Das ist ein Aufruf zum Zusammenhalt und zur Solidarität.

Erhardt Eppler hat schon Ende des letzten Jahrhunderts in seiner Schrift zum asymmetrischen Krieg vorhergesagt, dass Kriege zukünftig nicht mehr zwischen Staaten, sondern zunehmend von Staaten gegen »privatisierter Gewalt« geführt werden.

Eppler warnt, dass asymmetrische Kriege kaum mehr gewinnbar sein werden. Es gibt ja auch niemanden, mit dem man danach seinen Frieden schließen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Terroristen fliehen nicht auf Schlauchbooten.

Wenn sie es dennoch tun, wollen sie uns nicht nur Angst durch ihren Terror einjagen. Sie wollen auch, dass wir Angst vor den Flüchtlingen bekommen.

Die IS-Terroristen wollen die möglichst große Konfrontation zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, sie wollen alle Muslime unter den Flüchtlingen als potentielle Bombenleger diffamieren.

Die Rechnung des sogenannten IS geht auf, wenn wir diejenigen Menschen, die zu uns fliehen, jetzt generell zu Tätern machen.

Verantwortlich ist es, nun dafür Sorge zu tragen, dass die Konflikte, die in Syrien herrschen, sich bei uns nicht fortsetzen.

Das bedeutet, dass wir diesen Flüchtenden helfen müssen. Sie alle kommen aus dem Krieg.

Die Menschen müssen es nun schaffen, dem Bürgerkrieg im eigenen Kopf zu entfliehen.

Der Terror ist nicht allein auf eine soziale Frage zu reduzieren. Es geht auch um Sinnfindung, um einen Platz in unserer Gesellschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren,

1 Mio. Flüchtlinge auf 510 Mio. Europäer:

Was ist verantwortungsvolle Politik für die Menschen in Zeiten des Absturzes vieler europäischer Staaten in Nationalismus mit demokratisch fragwürdigen Rechtsaußen-Regierungen?

Das ungarische Verständnis von Demokratie und Menschenwürde ist bekannt. Wir haben alle die Bilder vom Budapester Bahnhof und am Grenzzaun gesehen.

In Polen wurden nach der Wahl erst einmal die liberalen Verfassungsrichter entlassen, in Breslau eine Judenpuppe mit EU-Flagge verbrannt.

Die neue polnische Regierung will die zugestandene Aufnahmequote für Flüchtlinge neu verhandeln. 7000 Flüchtlinge sind ihnen zu viel. Zusammen mit der Slowakei haben sie deshalb eine Klage beim Europäischen Gerichtshof eingereicht.

In Frankreich hat der Front National letzten Sonntag im ersten Wahlgang die Kommunalwahlen gewonnen. Mit 28% ist er stärkste politische Kraft in Frankreich. Heute findet der zweite Wahlgang statt. Für die demokratischen Parteien Frankreichs sind die Prognosen schlecht.

Cameron plant ein Referendum zum EU-Austritt Großbritanniens, dessen Ausgang völlig offen ist. Seine Regierung kriminalisiert Landsleute, die illegale Flüchtlinge beherbergen.

Wie viele anti-europäische Regierungen gibt es bereits? Wie viele pro-europäische sind übrig?

Ist anlässlich der Flüchtlingskrise die gesamte Europäische Friedensarchitektur des letzten Jahrhunderts gefährdet?

Ich teile das Unverständnis und auch die Empörung der hilfsbereiten deutschen Bevölkerung über die Weigerung einiger Mitgliedstaaten, Flüchtlinge in der EU fair zu verteilen. Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Und ich verstehe, dass man auf die Idee kommen kann, die Bundesrepublik könnte zum Beispiel als Sanktion ihre Zahlungen vertragswidrig einfach einstellen. Dies würde sich natürlich in einer globalisierten Welt und ohne entsprechende Regularien innerhalb der EU als einigermaßen schwierig gestalten.

Letztlich wird die EU aber daran gemessen werden, ob sie in der Lage ist, die Herausforderungen der Verteilung der Menschen solidarisch zu meistern.

Hier geht es um Menschen in bitterster Not. Es geht darum, ob und wie Europa das Überleben von vielleicht zwei oder drei Millionen Flüchtlingen organisieren will und kann.

Aber: Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft von mehr als 500 Millionen Menschen. Dieses Europa wird nicht untergehen, wenn es Kriegsflüchtlinge aufnimmt und ihnen eine neue Heimat bietet. Jetzt muss sich zeigen, was die europäischen Grundrechte wirklich wert sind.

Jetzt muss sich zeigen, ob wir das ernst meinen, Europa als »Raum des Rechts, der Sicherheit und der Freiheit« zu bezeichnen.

Jetzt muss sich zeigen, ob all das mehr ist als heiße Luft.

Wenn die EU oder ein Mitgliedsstaat Menschen in höchster Not **nicht** aufnimmt, weil sie den vermeintlich falschen Glauben haben, fallen wir hinter den 30 Jährigen Krieg und den Westfälschen Frieden zurück.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir erleben, dass sich unsere Gesellschaft in immer schärfer werdenden Auseinandersetzungen befindet.

Ich finde, verantwortlich handeln bedeutet hier, zu moderieren und auszugleichen, statt weiter Öl ins Feuer zu gießen.

Heute ist der 3. Advent. Advent heißt im übrigen Ankunft.

In 11 Tagen feiern wir Heilig Abend. Wir werden den Baum reichlich schmücken und die Krippenfiguren aus dem Zeitungspapier des letzten Jahres wickeln.

Dieser Josef mit Maria und Sohn in der Krippe, wie auch die Hirten auf dem Felde, sie waren Juden. Auch die Heiligen drei Könige hatten wohl kaum germanische Abstammung.

Melchior und Balthasar kamen aus dem Nahen Osten.

Der dritte, Kaspar, war Afrikaner.

Insgesamt wäre unserer Krippe ohne die »Zuogroasten« ziemlich leer. Dort stünden nur der Ochs und der Esel genüsslich vor sich hin kauend über ihrer Futterkrippe geneigt und das Fest würde ausfallen.

So gibt es selbst unter dem Weihnachtsbaum ein buntes Völkergemisch.

Deutschland und Bayern waren auch nie eine geschlossene Gruppe. Da gab es Sachsen und Württemberger und Bayern und Badenser, selbst Preussen.

Und die Bayerische Regierung hatte gute Gründe die nach dem Krieg aus dem Sudetenland Vertriebenen 1954 zum »genuin vierten Stamm« Bayerns zu erheben.

Ein weiterer fester Bestandteil unserer Gesellschaft sind die bei uns – zum Teil schon seit Jahrzehnten – lebenden Italiener, Griechen oder Türken.

Und worin liegt das unlösbare Problem, wenn nun weitere Menschen zu uns kommen, die es ebenso gilt zu integrieren?

Alles daran zu setzen, dass dies gelingen kann, das wäre, das ist Politik und Verantwortung in bester Kombination.

Ich will in einer Gesellschaft leben, in der die gleiche Würde aller Menschen Ausgangspunkt und Ziel von Politik ist.

„Frei und gleich an Würde und Rechten“, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt – so soll jeder Mensch sein Leben in der Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen können. Das muss der rote Faden, das Koordinatensystem von verantwortungsvollem politischen Handelns sein.

Helmut Schmidt war ein Mann, der eherne Grundsätze hatte. Henry Kissinger hat beim Staatsakt für Helmut Schmidt an zwei Sätze seines Freunds besonders erinnert:

„Politik ohne Gewissen tendiert zum Verbrechen“ und:

„Ich verstehe Politik als pragmatisches Handeln zu moralischen Zwecken“.

Der Grundkonflikt für politische Entscheidungen im Kleinen wie im Großen ist die Abwägung zwischen dem moralisch Angezeigten und politisch Machbaren.

Zum Beispiel bei Innenminister Thomas de Maiziere, über den man sich in anderem Zusammenhang auch durchaus ärgern kann.

Dieser Thomas de Maiziere wurde jüngst sehr verlacht.

Grund war seine Antwort bei der Pressekonferenz zu Absage des Länderspiels in Hannover. Seine Antwort auf die Warum-Frage lautete:

"Teile meiner Antwort würden die Bevölkerung nur verunsichern."

Ob diese Formulierung geschickt war, darüber kann man sicherlich streiten. Seine Motivation hingegen könnte – positiv gesprochen - durchaus etwas mit der Wahrnehmung von Verantwortung zu tun haben.

Vielleicht wollte er Angst nehmen - und sie nicht schüren!

Wenn es auch ein wenig bei dem Versuch geblieben ist.

Aber sich dies als politische Führungskraft in diesen Zeiten vorzunehmen, war und ist richtig. Es ist derzeit wichtig wie selten für die gesamte Politik sich ihrer Verantwortung in Sachen »Angst« und »Politik mit Ängsten der Menschen zu machen«, bewusst zu sein.

Die übelste Sorte Politiker - und da ist letztlich egal, welcher Partei die angehören angehören – sind diejenigen, die die Angst von Menschen als Instrument zum eigenen politischen Erfolg ausnutzen.

Es gibt auch Medienmacher, die mit der Angst - ohne großes Verantwortungsgefühl – einfach Geld verdienen wollen.

Die laufen dann mit brennendem Zunder durch die Pulverkammern dieser Republik und beklagen scheinheilig, wenn zeitgleich zu ihren Überschriften Flüchtlingsheime brennen.

Sie nennen das Wahrheit oder Recht auf Information und Pressefreiheit.

Ich nenne das einfach »Verantwortungslosigkeit«.

Manche unter den genannten Politikern oder Medienmenschen sind Zyniker und nutzen den Effekt mit der Angst bewusst aus.

Andere von ihnen haben selbst Angst. Angst ist nichts Schlimmes.

Jeder Psychologe wird uns immer bestätigen, dass Angst auch etwas Gutes sein und Angst uns auch schützen kann.

Schlecht ist, wenn die Ängstlichen dann nicht in der Lage sind verantwortungsvoll, »erwachsen« mit ihrer Rolle als demokratisches Führungspersonal umzugehen.

Aufgabe des Kapitäns und seines Stabs bei Sturm ist doch nicht, die Hände über den Kopf schlagend in die Kajüte abzuhaufen und ach und weh zu klagen, dass die Welt jetzt untergeht.

Wenn der Sturm da ist, ist die Klage über das aufziehende Unwetter sinnlos und dumm.

Dann gibt es nur das, was die Kanzlerin getan hat: Die Parole: »Wir schaffen das« ist der Mut der Verantwortungsvollen. Und es ist zu schaffen.

Wir werden diese Jahrhundertherausforderung meistern. Meistern müssen – meine ich.

Wir sollten uns nicht über Gebühr mit »Angst haben« aufhalten – lassen sie uns statt dessen die notwendigen Dinge tun.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch der Zusammenhalt in der Bevölkerung und die Bewahrung der Demokratie gehören zur Verantwortung derjenigen, die Flüchtlingen helfen wollen. Die Angst vor Neuem, Unbekanntem ist ja nichts Ehrenrühriges!

Das heißt, wir müssen sorgfältig umgehen mit den Ängsten. Wir dürfen die, die schon da sind, und die, die zu uns kommen, nicht gegeneinander ausspielen.

Fragen müssen wir uns aber auch:

Wie wollen wir umgehen mit der in dieser Größenordnung seltenen Enthemmung von Rassismus und Dummheit in sozialen Medien und im Internet?

"Wir müssen endlich handeln und die Flüchtlinge wieder nachhause schicken", kann man dort oft lesen. Die Forderung nach einer Anklage der Kanzlerin wegen Landesverrats folgt.

Wie wollen wir als Gesellschaft und als Politik umgehen mit den all montäglichem Adventssingen von PEGIDA, AfD und Rechtsextremisten?

Wie mit der starken Zunahme von ausländerfeindlichen und islamophoben Übergriffen ? Wie umgehen mit dem Mordanschlag auf die Kölner Oberbürgermeisterin oder mit den fingierten Todesanzeigen von Nazis gegen bekannte Nazigegner?

Was wollen wir tun? Für mich gibt es da nur eine Antwort und die liegt in unser aller Verantwortung:

**Wir alle müssen dagegenhalten!**

Die westdeutsche Demokratie ist 70 Jahr alt,  
die gesamtdeutsche 25.

Soviel Zivilgesellschaft, soviel demokratisches Selbstbewusstsein müssen wir doch gemeinsam aufbringen, dass wir uns gegen Rechtsextreme und Ausländerhasser wehren, statt nur darüber zu reden.

Jeder von uns ist aufgerufen, dem Alltagsrassismus und der um sich greifenden Dummheit Einhalt zu gebieten, Haltung zu zeigen und sich keine Angst einjagen zu lassen.

Ich bin fest davon überzeugt, es ist eine Frage von Verantwortungsbewusstsein, nicht zu weichen, wenn Rechtsextremisten und diejenigen, die ihnen hinterherlaufen, unsere Demokratie, den Rechtsstaat und die Menschenrechte und alles was uns in diesem Land wichtig ist zerstören wollen.

Ich bin zuversichtlich, dass es uns in München weiter gelingen wird, die Balance zu halten. Die Stadt hat aus ihrer Geschichte gelernt.

Natürlich wird es auch Schwierigkeiten geben.

Überall wo es Menschen gibt, entstehen auch Konflikte, gibt es Komplikationen und Missverständnisse. Integration ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

Integration ist Hol- und Bringschuld.

An dem Maß ihrer Erfüllung wird sich die Zukunft unserer Stadt festmachen lassen. Wir dürfen auf dem Weg dahin nicht zulassen, dass Menschen versuchen, die einen Bedürftigen gegen die anderen Bedürftigen auszuspielen.

Das wird nicht immer leicht sein. In unserem Land ist die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahrzehnten immer größer geworden.

Das bedeutet, dass wir nicht nachlassen dürfen, soziales Ungleichgewicht auf allen Ebenen auszugleichen. Wir müssen das eine tun und dürfen das andere nicht lassen. Das ist die Aufgabe.

Für uns in München bedeutet das natürlich vor allem eines: schnell, viele bezahlbare Wohnungen schaffen, Schulen und Kindergärten für alle zur Verfügung zu stellen und nicht eine schwarze Null im Haushalt an die Spitze der politischen Grundsätze heben.

Notwendige Investitionen ins Gemeinwohl sind für mich wichtiger als eine plakative Zielgröße.

Meine Damen und Herren, natürlich wissen alle, dass man Flüchtlinge nicht abhalten kann, zu kommen, wenn sie fliehen müssen.

Nicht ohne auf sie zu schießen oder ihre Schiffe im Mittelmeer zu versenken. Zäune bauen bringt da nichts. Das Gegenteil zu behaupten ist nur Schimäre, ist populistische Spiegelfechtere.

Die Bundeskanzlerin hat sich entschieden, nicht zu lügen, und hat dabei das größte Risiko ihrer bisherigen Amtszeit auf sich genommen. Sie trägt ihre Verantwortung. Tragen Sie sie mit.

Lassen sie uns gemeinsam nicht mehr Zeit verträdeln und endlich alle darüber nachdenken, wie wir am besten damit umgehen, dass die Menschen da sind.

Weihnachten als wahrhaft christliches Fest zu feiern scheint mir dieser Tage besonders leicht. Man teilt das Brot oder die Gans, je nach dem, einfach mit denen, die es nicht so gut haben.

Mensch sein, sich christlich verhalten, ist durchaus leicht in diesen Tagen.

Wir müssen unseren Glauben im Übrigen auch nicht gegen Andersgläubige verteidigen. Glaube wird nicht verteidigt. Glaube wird bekannt.

Es heißt ja auch Glaubensbekenntnis und nicht Glaubensverteidigungsstrategie.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Lassen Sie mich abschließend einige Zeilen aus der Bibel lesen. Im Evangelium des Matthäus, Kapitel 2, heißt es:

13. Da sie – die Heiligen Drei Könige – aber hinweggezogen waren, siehe, da erschien der Engel des Herrn dem Joseph im Traum und sprach:

Stehe auf und nimm das Kindlein und seine Mutter zu dir, und fliehe ins Ägyptenland und bleibe allda, bis ich dir sage; denn es ist vorhanden, dass Herodes das Kindlein suche, dasselbe umzubringen.

14. Und er stand auf, und nahm das Kindlein und seine Mutter zu sich bei der Nacht, und entwich ins Ägyptenland;

### **Die Heilige Familie ist eine wahrhaft prominente Flüchtlingsfamilie ....**

Aber die Geschichte bei Matthäus geht ja weiter:

16. Da Herodes es nun sah, dass er von den Weisen betrogen war, ward er sehr zornig und schickte aus, und ließ alle Kinder zu Betlehem töten und an ihren ganzen Grenzen, die da zweijährig und darunter waren, nach der Zeit, die er mit Fleiß von den Weisen erlernt hatte.

Da ist erfüllet, das gesagt ist von dem Propheten Jeremia, der da spricht:

Auf dem Gebirge hat man ein Geschrei gehört, viel Klagens, Weinens und Heulens; Rahel beweinet ihre Kinder, und wollte sich nicht trösten lassen, denn es war aus mit ihnen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Syrien hat derzeit viele solcher Gebirge.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche und schöne Adventszeit, ein Frohes Fest und ein glückliches Neues Jahr.